

Konsequent für Freiheit und Rechtsstaat

Hans-Helmuth Knütter zum 80. Geburtstag

„Unter keiner Weltanschauung wurden in der Menschheitsgeschichte größere Megatötungen vollzogen, als unter Regierungen, die sich dem Marxismus bzw. dem wissenschaftlichen Sozialismus verpflichtet fühlten.“

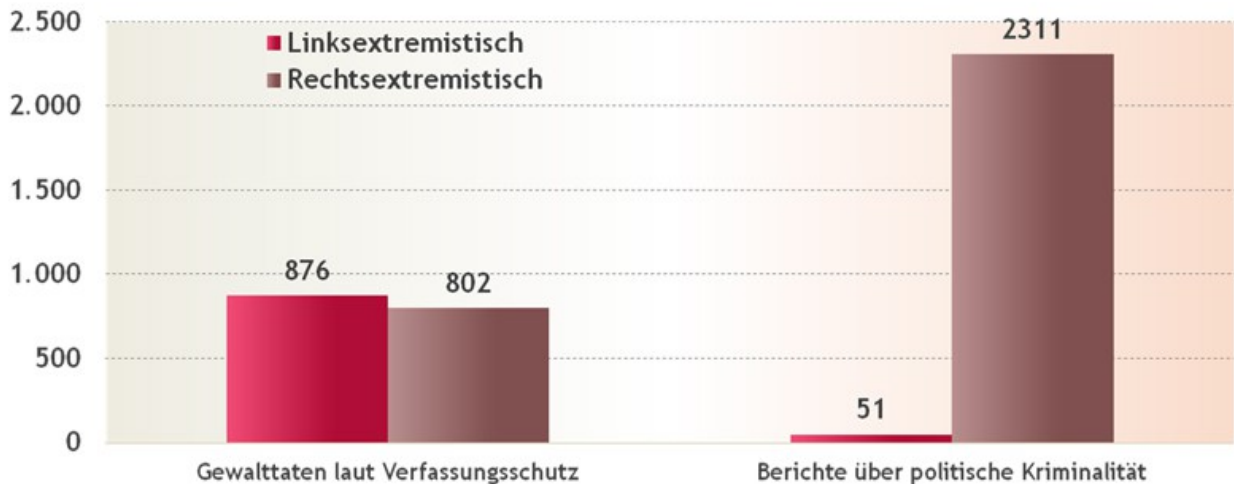
Gunnar Heinsohn: „Lexikon der Völkermorde“, Hamburg 1998

Hans-Helmuth Knütter lernte ich Anfang der 90er Jahre bei meinen Arbeiten als Rundfunkredakteur kennen und schätzen. Gerade aus der Abteilung Presse- und Öffentlichkeit in die von Karl-Wilhelm Fricke geleitete Ost-West-Redaktion des Kölner Deutschlandfunks (DLF) gewechselt, zeichnete ich ab Anfang 1993 für zahlreiche Interviews und Buchrezensionen verantwortlich, unter anderem für die DLF-Sendereihe „Politische Literatur“. Eines meiner ersten Gespräche führte ich mit Professor Hans-Helmuth Knütter, Herausgeber des Sammelwerkes „Antifaschismus als innen- und außenpolitisches Kampfmittel“, 1972 bis 1997 ordentlicher Professor und ab 1993 geschäftsführender Direktor des Seminars für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Knütter fiel mir vor allem deswegen auf, weil er sich in seiner wissenschaftlichen Laufbahn nicht nur mit dem Nachkriegs-Phänomen „Rechtsextremismus“ in Deutschland, sondern auch mit dem insgesamt vernachlässigten Thema „Linksextremismus“ beschäftigt und mit Lehrveranstaltungen und Publikationen immer wieder auf die von gewaltbereiten Gruppierungen, gleich welcher Couleur, ausgehenden Gefahren aufmerksam machte. Mahnungen, die bis heute nichts an Aktualität verloren haben: Spätestens nach dem der von Rot-Grün unter Bundeskanzler Gerhard Schröder inszenierten Kampagne „Kampf gegen Rechts“, geführt als „Aufstand der Anständigen“ nach der Faustformel „rechts = rechtsextrem“, machte sich in Deutschland ein Gesinnungsklima breit, in dem über „Linksextremismus“ kaum noch berichtet wird.

„Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland 2012

Links- und rechtsextremistische Gewalttaten im Verfassungsschutzbericht und in den Medien.



Rechtsextreme Gewalt stand in den Medien nicht allein wegen der Anklage gegen die NSU am 8. November 2012 im Vordergrund. Linksextreme Gewalttaten wurden fast völlig ausgeblendet, obwohl der Verfassungsschutz mehr Gewalt von links gemeldet hat.

Quelle: Mediatenor“

Den Ton gab zunehmend ein gewaltiger Medienstrom vor, der in Tausenden von Beiträgen einen tatsächlichen oder vermeintlichen „Rechtsextremismus“ suggerierte und den Eindruck erweckte, als stünde das Land kurz vor einer Machtübernahme durch rassistisch geprägte Neo-Nationalsozialisten. Dass die mit der DDR-Staatspartei SED nach wie vor weitgehend identische Linkspartei, Nachfolgeorganisation und Auffangbecken jener Diktaturpartei, die für Mauerbrand und Staatssicherheit verantwortlich war, heute in fast allen Parlamenten und Leitmedien gleichsam als demokratischer Mitbewerber akzeptiert wird, regt dagegen kaum noch jemanden auf. Es ist das Verdienst von Professor Knütter, auf diese offenkundige Diskrepanz mutig, weil gegen den Zeitgeist gerichtet, in einer kaum mehr zu überblickenden Vielfalt von Veröffentlichungen hingewiesen zu haben.

Die Problematik dieser Auseinandersetzung besteht vor allem darin, dass der überdimensionierte und mit Millionen von Steuergeldern finanzierte „Kampf gegen

Rechts“ sich mittlerweile zunehmend nicht nur gegen tatsächliche Rechtsextremisten richtet, sondern seine skandalisierende Ausgrenzungswirkung vermehrt auch gegen verfassungskonforme national-konservative Gruppierungen und oppositionelle Parteien entfaltet. Dabei geht der Kampagnen-Druck teilweise soweit, dass sogar unionsgeführte Innenministerien sich der Stoßrichtung von links angeschlossen und Andersdenkende wie das CSU-Mitglied Dr. Alfred Schickel, Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) und Träger des Bundesverdienstkreuzes, oder die 1848 gegründete Münchener Burschenschaft Danubia per Verfassungsschutzbericht - zeitweise oder dauerhaft - als „extremistisch“ eingestuft haben.

Auch die in unser aller Privatleben eingreifende Ausspähung durch westliche Geheimdienste wie die NSA und das GCHQ, die Mitte 2013 durch die Enthüllungen von Edward Snowden aufgedeckt wurde und aufzeigte, dass nicht nur Putins Rußland oder das kommunistische China Deutschland ausspionieren, sondern auch westliche Dienste auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland kräftig mitmischen, wurde von Prof. Knütter bereits Jahre zuvor aufgezeigt. Auch dafür sei ihm gedankt.

Sein 80. Geburtstag gibt Anlaß, einige seiner zeitlos gültigen Veröffentlichungen in Erinnerung zu rufen:

Antifaschismus als innen- und außenpolitisches Kampfmittel

(Autorengespräch Knütter/Kallina in der Deutschlandfunk-Sendung „Politische Literatur“, 11. Januar 1993)

Insbesondere seitens der DDR und den mit ihr im Westen kooperierenden Kräften wurde jahrzehntelang, vor allem zu Zeiten des Kalten Krieges, der Versuch unternommen, mit Hilfe des Faschismusvorwurfs die politische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland zu destabilisieren und einen Keil zwischen der Bundesrepublik und ihren westlichen Verbündeten zu treiben. Die blieb zwar, wie Sie schreiben, letztendlich erfolglos, aber keineswegs wirkungslos. Könnten Sie diese These anhand einiger Beispiele erläutern?

Knütter: Es ist nach 1945 oder eigentlich erst Mitte der 50er Jahre sehr intensiv versucht worden, gegen die Bundesrepublik mit dem Vorwurf, sie sei eine ungebrochene Fortsetzung des Dritten Reiches, vorzugehen. Das ist deswegen mit

einiger Aussicht auf Erfolg gemacht worden, weil es in zahlreichen westlichen Ländern, die während des Zweiten Weltkrieges unter der deutschen Besatzung gelitten haben, natürlich gewisse Ressentiments gegen Deutschland, gegen die Deutschen gab. Und wenn dann darauf hingewiesen wurde, dass Leute wie Globke oder ehemalige Generale, die in der Wehrmacht des Dritten Reiches eine Rolle gespielt haben, jetzt bei der Bundeswehr wieder eine Rolle spielen, dann bestand eine gewisse Aussicht, dass in diesen westlichen Ländern, die jetzt mit der Bundesrepublik verbündet waren, unangenehme Gefühle, Ressentiments aufkamen. Das Gespenst des Faschismus wurde bewusst und gezielt eingesetzt, um diese historisch an sich verständlichen Empfindlichkeiten politisch zu instrumentalisieren und zu aktivieren.

Sie verweisen in Ihrer politikwissenschaftlichen Arbeit auf die wirksame Schlagkraft, die der Antifaschismus vor allem durch seine moralische Komponente bekam und dadurch die Grundlage für eine bisweilen sehr erfolgreiche Bündnispolitik schuf....

Knütter:Ja, es wurden die Ängste und Befürchtungen benutzt, um linksextreme politische Erscheinungen moralisch zu rechtfertigen. Da viele Christen, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, die tatsächlich unter dem Nationalsozialismus gelitten haben, natürlich mit diesem moralischen Argument ansprechbar sind, ist es den Kommunisten häufig gelungen, hier Volksfrontbündnisse auf antifaschistischer Grundlage zu schaffen, und zwar sowohl nach der Machtergreifung, also bereits in den 30er Jahren, aber auch nach 1945, immer mit dem Ziel, moralisch zu argumentieren und zu sagen, wir müssen doch alle gegen die Grausamkeiten des Nationalsozialismus, sprich: Faschismus, sein. Das ist sicherlich richtig, aber auf der anderen Seite diente das der Gewinnung von Bündnispartnern, die dann letzten Endes vor den Karren linksextremer politischer Interessen gespannt wurden....

Es gibt gerade in den jetzigen gegenwärtigen Tagen, wo wir gewalttätige Maßnahmen gegen Ausländer beobachten, durchaus die Tendenz, diese verwerfliche Erscheinung zu instrumentalisieren, indem die Hinterbliebenen des SED-Regimes, die gestern noch völlig moralisch am Boden und diskreditiert waren, ihre politische Daseinsberechtigung abzuleiten versuchen, indem sie sagen, seht ihr, wir sind doch notwendig. Und man muss leider sagen, dass der Rechtsextremismus auf diese Weise den Linksextremismus auf dem Umweg über den Antifaschismus geradezu hochschaukelt. Es geht nicht an, den Teufel durch Beelzebub auszutreiben, das heißt mit Linksextremisten ein Bündnis gegen Rechtsextremisten zu schließen.“

Zwölf Jahre vor den Snowden-NSA-Enthüllungen: Hans-Helmuth Knütter über die Spionage unserer West-Verbündeten

(Interview von Bernd Kallina mit Professor Hans-Helmuth Knütter im Deutschland-Magazin, Ausgabe Februar 2001)

Die computervernetzten Informationsgesellschaften sind das neue Feld einer intensiven internationalen Spionage, auf dessen Feld es keine Freunde mehr gibt, schrieb unlängst der britische Geheimdienstexperte Philip Knightley. Stimmen Sie ihm zu und ist die deutsche Gesellschaft darauf angemessen vorbereitet?

Knütter: Ich stimme Knightley zu. Das Problem scheint mir bei uns folgendes zu sein: Während die politische Klasse im Großen und Ganzen über die Spionageaktivitäten fremder Staaten informiert sein dürfte, ist die Bevölkerung weitgehend desinformiert. Schon vor 1989 ist auf die bedrohliche Spionage seitens des Ostblocks hingewiesen worden. Nach 1989 wird jedoch von offizieller Seite weiterhin nur diese Spionage erwähnt, wobei sich deren Ausspähziele vom militärischen zum wirtschaftlichen Bereich verlagert haben. Das stimmt zwar, betrifft aber nicht nur die Staaten des ehemaligen Ostblocks, sondern auch den Westen, was jedoch offiziell verschwiegen bzw. bagatellisiert wird.

Erstaunlich, immerhin sagte Bill Clintons ehemaliger CIA-Chef R. James Woolsey: „Ja, meine kontinentaleuropäischen Freunde, wir haben Euch ausspioniert!“

Knütter: Das Erstaunliche löst sich einfach auf: Der Amerikaner hat recht. Und wenn Ernst Uhrlau, Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt, sich gegenteilig äußert, kann man dies nur als Volksverdummung bezeichnen.

Eine Art vorseilenden Gehorsams des deutschen Bündnis-Musterschülers?

Knütter: Mag sein. Fakt ist: Die nach wie vor vorhandenen Souveränitätseinschränkungen der Bundesrepublik werden von unseren Politakteuren nicht gebührend herausgestellt und realistisch thematisiert. Beispiel „Echolon“. Diese US-Abhörstation, die ihre Deutschlandfiliale im bayerischen Bad Aibling hat, zeichnet sich ja dadurch aus, dass die deutschen Behörden so gut wie keinen Einblick haben. Welcher andere souveräne Staat ließe sich so etwas gefallen? Und dann noch der Eiertanz der Verscheierung deutscher Politiker und Beamten darum herum, wo alles doch offenkundig ist. Welchen Amtseid haben diese Damen und Herren eigentlich geleistet?

Die V-Leute-Problematik des Verfassungsschutzes / Einseitige Propagandadelikte

Sogenannte V-Leute des Verfassungsschutzes fielen laut Medienberichten der letzten Jahre immer wieder dadurch auf, dass sie latent rechtsradikale Gruppen gezielt radikalisierten und in eine extremistische „Qualität“ trieben. Kann das mit den gesetzlichen Grundlagen und Aufgaben einer demokratischen Geheimdienstbehörde in Einklang gebracht werden?

Knütter: Derartige Methoden sind mehr als problematisch, um es zurückhaltend auszudrücken. Die Staatssicherheit konnte ohne weiteres solche Methoden anwenden. Sie war offen parteilich, was ja der Verfassungsschutz nicht sein sollte. Hinzu kommt, dass sie möglicherweise sogar in rechtlicher Hinsicht nicht vertretbar sind. Man muss sich auch über folgendes im Klaren sein: V-Leute müssen ja, um ihren Auftrag- und Geldgebern gefällig zu sein, etwas „Gefährliches“ ans Licht bringen. Wenn sie nur über Belanglosigkeiten berichten und dann noch melden, auf dem von ihnen beobachteten Gebiet tue sich nichts „Extremistisches“, es sei „alles in Ordnung“, dann können sie ja abgeschaltet werden und machen sich selber überflüssig. Deshalb besteht immer die Gefahr, dass V-Leute dadurch aus dem Ruder laufen, dass sie übertreiben oder eine extremistische Gefährdung erfinden.

In Ihrem Buch über den Verfassungsschutz (Der Verfassungsschutz – Auf der Suche nach dem verlorenen Feind, München 2000) kritisieren sie eine Schiefelage in der Wahrnehmung und Ahndung extremistischer Symbolstraftaten oder Propagandadelikte. Eine hohe Anzahl rechtsextremer Straftaten erkläre sich auch dadurch, dass es nur in dieser Szene gesetzlich geregelte Propaganda-Delikte gebe, nicht jedoch im Bereich des Linksextremismus. Heißt das, vereinfacht gefragt: Hakenkreuz und Hitlergruß verboten, aber Hammer und Sichel erlaubt?

Knütter: Ja, das heißt es. Während es im rechtsextremen Bereich eine Palette von symbolisch-propagandistischen Äußerungen gibt, die gesetzlich verboten sind – vom „Sieg-Heil-Ruf“ über den ausgestreckten rechten Arm, den Hitlergruß, bis hin zum Hakenkreuz – fehlen solche Delikte für die Linksaußen-Szene völlig, obwohl es dort eine facettenreiche Symbolkultur gibt. Eine geradezu abenteuerliche Einseitigkeit. Die Blutstrecke von über 100 Millionen Toten des Weltkommunismus, auf die der Franzose Stephane Courtois in seinem „Schwarzbuch des Kommunismus“ erneut und eindringlich hinwies, bei Propaganda-Delikten werden sie ausgeblendet.....

Auch konservative Historiker und deren Berichte gerieten ins Visier der

Verfassungsschützer, weil Schriften aus ihren Federn als „revisionistisch“ eingestuft wurden. Wie gefährdet „Revisionismus im weiteren Sinne“ Bestand und Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Legaldefinition Artikel 73,10 GG)?

Knütter: Ich halte dieses Vorgehen bayerischer und baden-württembergischer Verfassungsschützer gegen die renommierten Historiker Alfred Schickel und Joachim Hofmann für eine Einschränkung der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit. Und was den Revisionismus betrifft: Jeder wissenschaftliche Fortschritt beruht auf einer Revision bestehender oder scheinbar feststehender Erkenntnisse. Der Versuch, wissenschaftliche Erkenntnisse als für immer bestehend festzuschreiben, ist nicht nur wissenschaftsfeindlich, sondern auch gefährlich, denn das Gegenteil von Revision oder Revisionismus ist Stagnation.

Der Fall „Innenminister Günther Beckstein/Burschenschaft Danubia München“

(Interview von Bernd Kallina mit Hans-Helmuth Knütter in den „Burschenschaftlichen Blättern“, 2/2002)

Herr Professor Knütter, Sie haben sich ein Leben lang wissenschaftlich mit Fragen extremistischer Verhaltensweisen politischer Gruppierungen auseinandergesetzt. Sie waren Gastdozent an der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz und haben Vorträge für das im Bundesinnenministerium angesiedelte Referat IS 7 (Geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus) gehalten.

Teilen Sie die Meinung des Bayerischen Innenministers Günther Beckstein, der die Aktivitas der traditionsreichen Münchener Burschenschaft Danubia als „rechtsextrem“ eingestuft und in den Verfassungsschutzbericht 2001 seines Landes aufgenommen hat?

Knütter: Nein. Umso weniger als zahlreiche Mitglieder der Aktivitas der Jungen Union, der CDU bzw. der CSU und zwei auch der SPD angehören, was allerdings noch gar nichts beweist. Ich habe mich in einem politikwissenschaftlichen Gutachten mit dem Fall Beckstein/Danubia eingehend befasst und kann resümierend nur sagen: Es ist geradezu verwerflich, wenn ein CSU-Minister die Faschismus-Keule, die bevorzugtes Disziplinierungsinstrument der Linken und Linksextremen ist, missbraucht, um Staatsbürger zu diskriminieren, die eine positive Grundeinstellung zu Recht und Ordnung haben, gerade auch zu unserem Staat, der Bundesrepublik Deutschland.....

Angeblich hätten sich in letzter Zeit die Anhaltspunkte für Rechtsextremismus bei der Danuben-Aktivitas verdichtet, tönt es aus dem weiß-blauen Innenministerium. Können Sie das bestätigen?

Knütter: Nein, meine intensiven Recherchen belegen das nicht. Sehen Sie, ich habe mich in meinem Gutachten auch mit den von der Danubia-Aktivitas eingeladenen Gastreferenten der letzten Jahre befasst. Die Referentenliste zeigt politischen und weltanschaulichen Pluralismus.

So sprach beispielsweise der im Dritten Reich als Jude verfolgte ehemalige ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal 1998 zu den Danuben über „Westdeutschen Journalismus im Netz der Stasi“. Der Ehrenpräsident des zweiten großen deutschen Schriftstellerverbandes, des FDA, Dr. Volkmar Zühlsdorff, referierte vor der Aktivitas über „Emigration und nationales Bewußtsein“. Zur Person Zühlsdorff muss man wissen, dass er bereits in der Weimarer Republik im Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ für den Erhalt der Republik kämpfte. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme emigrierte er über Stationen in Österreich, Frankreich und England in die USA und war dort unter der Präsidentschaft von Siegmund Freud und Thomas Mann Geschäftsführer der renommierten „Deutschen Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil“. Im Mai 2000 referierte die Pariser Philosophin Anat Kalman auf Einladung der Danuben-Aktivitas über „Das deutsch-jüdische Verhältnis: gestern, heute, morgen.“ Frau Kalman ist deutsche Jüdin nordafrikanischer Herkunft und erläuterte das Wesen des Judentums den interessierten Burschenschaftern und ihren Gästen. Glaubt der bayerische Innenminister im Ernst, dass sich diese Persönlichkeiten in ein „rechtsextremes Milieu“ begeben hätten, wie seine Einstufung behauptet?

Antifaschismus als Fundamentalnorm der Bundesrepublik - Die Angst der CDU/CSU vor „rechts“

Welche Motive treiben dann einen konservativen CSU-Minister zu einem solchen – ganz offenkundigen – Rauschmiß von Burschenschaftern aus dem Verfassungsbogen der Bundesrepublik Deutschland? Die Münchener Linkspresse titelte genüßlich: „Danubia staatsfeindlich!“

Knütter: Der Antifaschismus ist eine Fundamentalnorm der Bundesrepublik,

erklärbar aus der jahrzehntelangen Dauer-Bewältigung der NS-Vergangenheit. Auch die Unionsparteien haben sich mit Rücksicht auf die Meinungsführer des Auslandes, getreu der Wendung „Das deutsche Ansehen ist gefährdet!“, an die Spitze der Antifa-Bewegung gesetzt, um ihr die Spitze zu nehmen. Triebkraft ist die Angst vor der Isolation, nicht zu den sogenannten „Anständigen“ gerechnet zu werden. Die CDU/CSU hat eine entsetzliche Angst vor einer nationalen und internationalen Medienkampagne, die sie „rechter Sympathien“ verdächtigen könnte. Sie stellt sich also an die Spitze der Antifa-Bewegung um sie vermeintlich klug zu unterlaufen und verkennt dabei Ursache-Wirkungszusammenhänge sowie die Mechanismen linksextremer Antifa-Politik und ihre operativen Abläufe.

Als langjähriges CDU-Mitglied muss ich leider am aktuellen Fall Beckstein erneut feststellen: Ein Großteil des in den Unionsparteien repräsentierten bürgerlichen Lagers kapiert wiederum nichts!

.....Während Rot-Grün scham- und hemmungslos mit Linksextremisten paktiert, grenzt sich die CDU/CSU-Führung nach rechts rigoros ab. Nicht nur von echten Extremisten, was zu verstehen wäre, sondern auch von ehrenwerten Rechten. Die Republikaner sind aus der CSU hervorgegangen. Franz-Josef Strauß galt als illustrierter Politiker. Als er jedoch äußerte, rechts von der Union dürfe es keine demokratisch legitimierte Partei geben, befand er sich in einem weniger erleuchteten Zustand. Im Falle der Danubia kommt allerdings hinzu – und das macht die ganze Affäre noch absurder, dass diese Burschenschaft ja gar keine Konkurrenzpartei für die CSU darstellt bzw. darstellen will, sondern höchst ehrenwerte konservative Intellektuelle beheimatet, die gesellschaftlich seit Jahren eben einen „rechten“ politischen Akzent setzen. Bei der Armut politisch vorzeigbarer Intellektueller des bürgerlichen Lagers eigentlich ein Glücksfall – auch für die Unionsparteien.....

Burschenschaftliche Rechts-Intellektuelle als angebliche Verfassungsfeinde

Neomarxistische Gesellschaftsanalytiker warnen in letzter Zeit immer häufiger vor „Rechtsintellektuellen“ und meinen damit auch Burschenschafter. Nun stellt ja tatsächlich die Danubia eine respektable Anzahl patriotischer Intellektueller, im Gegensatz zu vielen eher unpolitischen Korporationen. Bayern Innenminister meint aber erstaunlicherweise, gerade auf diese nichtlinken Intellektuellen verzichten zu müssen.

Knütter: Ich kann ihm dabei nicht folgen, vielmehr sehe ich folgende Gefahren: Die Hetze „gegen Rechts“ hat zwei gleichermaßen negative Folgen. Sie züchtet Duckmäuser, die sich um der Karriere willen anpassen und auf „Vordermann gehen“. Die anderen, menschlich wertvolleren, werden sich von einem System abwenden, das ihre Bereitschaft sich loyal zu engagieren mit Ausgrenzungsfußritten belohnt. Ein führungsmäßiger Fundamentalfehler!.....

Der ministerielle Vorwurf in Richtung Danubia-Aktivitas lautet: Es würde auch „rechtsextremen Rednern ein Forum geboten“, wobei die so Benannten sich gar nicht extremistisch äußern müssten, die Einstufung genügte dann schon. Läuft das nicht auf ein Kontakt- und Auftrittsverbot für intellektuelle Quergeister im akademischen Korporationsmilieu hinaus?

Knütter: Es gehört zur politischen Unkultur der Bundesrepublik Deutschland, unerwünschte politische Einstellungen von „Rechts“ nicht zur Kenntnis zu nehmen. Ausgrenzen und tabuisieren heißen hier die Unwörter. Aber selbstverständlich müssen in einer pluralistischen, freiheitlichen Demokratie auch unkonventionelle, ja extremistische Auffassungen zur Kenntnis genommen werden dürfen. Genau das tun die Linken jedoch nicht. Und die CDU/CSU ist in diesem Punkte um nichts besser und vernünftiger. Meine Position für eine offenen Gesellschaft heißt hingegeben: alles soll diskutiert und studiert werden – und zwar im Original.....

Kritiker sprechen im Fall „Beckstein/Danubia“ inzwischen von einer bayerischen Pannenserie. Bereits 1997 geriet der renommierte Historiker Dr. Alfred Schickel, verdienstvoller Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt ZFI und langjähriges CSU-Mitglied sowie Träger des Bundesverdienstkreuzes, in den weiß-blauen Verfassungsschutzbericht. Ihm wurde „Revisionismus im weiteren Sinne“ vorgeworfen. Inwiefern kann eine revisionistische Geschichtsbetrachtung unsere freiheitliche Verfassung bedrohen?

Knütter: Überhaupt nicht! Diese Erscheinung gehört zu den bereits kritisierten Einschränkungen von Freiheitsrechten, die zur Ablösung der freiheitlich-demokratischen durch die antifaschistisch-volksdemokratischen Herrschaftsordnung führen soll. Im übrigen beruht jeder wissenschaftliche Fortschritt auf Revision der vorherigen Erkenntnisstandes. Das Gegenteil von Revision sind Dogmatismus und Stagnation.

**In diesem Sinne mein Zuruf an Professor Hans-Helmuth Knütter zum Achtzigsten:
Ad multos annos! Ihr Bernd Kallina**